

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1924

320 (5.8.1924) Abendausgabe

Badische Presse

und Handels-Zeitung Badische Landeszeitung
Verbreitetste Zeitung Badens.

Eigentum und Verlag v. Ferd. Ziegler & Co.
Chefredakteur: Dr. Walter Schneider.
Verlagsleitung: Dr. Walter Schneider, für das badische und lokale Nachrichten- und für den sportlichen Teil Dr. Robert Müller, für das Reichs- und Ausland: Dr. Walter Schneider, für C.P.G. und Konzerte: Chr. Gerke, für den Handelsteil: Dr. Brinet, für den Schiedsgerichtsdienst und den übrigen rechtlichen Inhalt: L. W. Feld, für die Anzeigen: H. Rindespanner, alle in Karlsruhe.
Berliner Redaktion: Dr. Kurt Meißner.
Fünf Nummern: 4050, 4051, 4052, 4053, 4054.
Geschäftsstelle:
Birtel- und Kammlerstraße-Ecke, nächst Kaiserstraße und Marktplatz.
Postfach-Konto: Karlsruhe Nr. 8356.

Bezugspreis: Halbjährlich 1.20 M.; vierteljährlich 0.75 M.; monatlich 0.25 M. Durch die Post monatlich 0.26 M. einschließlich Zustellgeld.
Einzelverkauf: Sonntags-Nummer 10 Pf., Sonntags-Nummer 15 Pf. Im Fall überer Gewinne hat der Verleger keine Ansprüche der Veräußerung oder Rücknahme der Zeitung. Abbestellungen können nur jeweils bis zum 25. auf den folgenden Monats-termin angenommen werden.
Anzeigenpreise: Die Spätzeitungs-Anzeigenzeitung 0.28 Goldmark, auswärts 0.35 Goldmark. Stellenanzeigen, Familien- und Gelegenheitsanzeigen ermäßigter Preis. Reklamewerben 1.50 Goldmark, an 1. Stelle 2.- Goldmark. Bei Wiederholung tariflicher Abgabe, der bei Platzabnahme des Textes, bei gerichtlicher Verurteilung und Konturien außer Kraft tritt.

Der deutsche Reichskanzler auf der Londoner Konferenz.

Die erste gemeinsame Sitzung.

Die Begrüßungsansprache Macdonalds. — Eine Erwiderung des Reichskanzlers.
London, 5. August, 2.15 Uhr nachmittags. (Eigener Drahtbericht.) Heute mittag 12 Uhr begann die erste gemeinsame Sitzung der Londoner Reparationskonferenz unter Teilnahme der deutschen Delegation. Sie wurde nach dem Austausch der Begrüßungsansprachen auf morgen vertagt.
Ministerpräsident Macdonald eröffnete die Sitzung, indem er in seiner Eigenschaft als Präsident der Konferenz die deutsche Delegation begrüßte und darauf hinwies, daß die Konferenzteilnehmer die auf ihnen liegende Verantwortlichkeit mit Rücksicht auf den allgemeinen Wunsch auf sich nehmen müßten, nunmehr endlich ein einheitlicher und ehrenhafter Beschluß unterzogen werde, die Verpflichtungen zu erfüllen, zu denen man sich durch Unterzeichnung dieses Beschlusses verpflichtet habe. Macdonald gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Geist der Verständigung zum Vorteil der freundschaftlichen Beziehungen zwischen allen europäischen Mächten eine recht schnelle Einigung ermöglicht werden werde.
Hierauf ergriff

Der deutsche Reichskanzler Dr. Marx

das Wort. Er sagte im Namen der deutschen Delegation Dank für die freundliche Begrüßung und fuhr fort, die Aufgabe, der sich die deutsche Delegation gegenübersehe, sei von entscheidender historischer Bedeutung. Die deutsche Delegation sei davon überzeugt, daß das Schicksal Deutschlands und Europas von der Lösung dieser Aufgabe abhängen, und nur dann möglich sei, wenn sie im Geiste friedlicher Verständigung und unbefangenen Rechtsinnes behandelt würde. In diesem Geiste beabsichtige die deutsche Delegation zu verhandeln. Die Wiederherstellung des gegenseitigen Vertrauens sei eine lebenswichtige Voraussetzung für das erfolgreiche Zusammenwirken der Nationen. Die deutsche Delegation erkläre in dem Expertenplan eine Methode, die das deutsche Volk zu Freiheit und Frieden führen könne und müsse, und sobald die wesentlichen Vorbedingungen für seine freie wirtschaftliche Entfaltung geschaffen seien, werde das deutsche Volk seine ganze Kraft daran setzen, die von ihm verlangten schweren Verpflichtungen zu erfüllen.
Dr. Marx bekräftigte daraufhin noch einmal die Erklärung der deutschen Regierung, daß sie den Plan der Sachverständigen als unabweisbare Grundlage für die Lösung der Reparationsfrage anerkenne und fügte hinzu, daß seine Regierung in Erwartung einer Einigung auf dieser Konferenz ihre Zustimmung zu den von den Delegationskommissionen auf Grund des Sachverständigenberichtes beschlossenen Vorschlägen geben würde.

Der Empfang der deutschen Vertreter.

London, 5. August. (Eigener Drahtbericht.) Die deutsche Delegation unter Führung von Marx und Stresemann ist heute morgen mit einiger Verspätung um 8 Uhr 45 Min. auf der Liverpool-Station eingetroffen.
Auf einer Menge Neugieriger hatten sich zum Empfang auf dem Bahnhof eingefunden Sir Ronald Waterhouse, Minister für die beiden Privatskretäre des Premierministers, weiter Sir Maurice Hanley, der Generalsekretär der Konferenz, sowie die Herren von Bagge und Beare vom Foreign Office. Deutscherseits waren zugegen Botschaftsrat Dufour, die Botschaftssekretäre Graf Bernstorff, Baron von Bressan, sowie die Herren der Kriegskassenkommission. Als erster stieg Botschafter Stamer aus dem Zug, der der Delegation nach Harwich entgegengefahren war, dann folgten Außenminister Stresemann verbindlich lächelnd, dann Reichskanzler Marx. Nachdem die Herren das Heer von Pressephotographen passiert hatten, ließen sie in die für sie bereitgestellten Autos und begaben sich ins Hotel. Im ersten Auto nahm der Reichskanzler, der Botschafter und Sir Waterhouse Platz, im zweiten Auto saßen Reichsminister Luther, Schubert und Sir Hanley, sowie Nachtmeister, der persönliche Sekretär Stresemanns. In das dritte Auto stiegen die Staatssekretäre Bracht, Fischer, Ministerialdirektoren Krieger, Kuppel und Minister Selber. Die übrigen Delegationsmitglieder nahmen in den anderen Wagen Platz.
Auf Wunsch Macdonalds findet vor der Vollkonferenz um 12 Uhr ein formaler Besuch und Gegenbesuch zwischen den beiden Ministern statt. Am Mittwoch Abend gibt der Botschafter den Mitgliedern der Delegation ein Essen.

Deutsche Parlamentarier in London.

Paris, 5. August. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Der sozialistische Abgeordnete Dr. Breitscheid hatte gestern Abend eine lange Besprechung mit Herriot. Londoner Zeitungen zufolge habe Breitscheid als eine Art Verbindungsorgan zwischen dem französischen Ministerpräsidenten und der deutschen Delegation fungiert. Der Reichstagsabgeordnete Reichert v. Rheinberg befindet sich ebenfalls in London. Die Meldungen darüber sind ausnahmslos, ob er von Herriot empfangen wurde oder nicht.

Hughes Rückkehr nach Amerika.

Berlin, 5. August. (Drahtbericht.) Staatssekretär Hughes hat gestern Abend Berlin wieder verlassen. Die Abreise erfolgte vom Bahnhof Zoologischer Garten aus. Als Vertreter des auswärtigen Amtes hatte sich Staatssekretär von Nathen eingefunden. Hughes begibt sich nun hier nach Bremen und wird dann von dort aus direkt nach Amerika zurückkehren.

Die Verhandlungsgegenstände.

Drei verschiedene Konferenzen. — Um die Frage der Ruhräumung. — Die Protokolle.
Paris, 5. Aug. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Von heute an werden in London drei Konferenzen nebeneinander abgehalten:
1. Die Konferenz zwischen den Deutschen und den Alliierten.
2. Die interalliierte Konferenz.
3. Die Konferenz zwischen den Deutschen und der Reparationskommission.
Die interalliierte Konferenz hat noch drei Fragen zu regeln: Die Frage des Verbleibens der französisch-belgischen Eisenbahnen im Ruhrgebiet, die Frage der Auslegung des Dawes-Plans und die Abfassung des Protokolls der Konferenz.
Man möchte sich wundern, daß die Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes nicht genannt wurde. Diese Frage soll keinesfalls vor und von den Vollziehungen der Konferenz aufgeworfen werden, wenigstens soweit die französischen Wünsche in Betracht kommen. Herriot steht weiterhin auf dem Standpunkt, daß die Engländer sich um die ganze Angelegenheit nicht zu bekümmern hätten. Wenn der Reichsaussenminister Dr. Stresemann diese Frage aufwerfen wolle, so könnte er dies in einem Privatgespräch mit Herriot tun. Die ganze Angelegenheit sei übrigens noch nicht reif, und der Londoner Korrespondent des „Matin“ glaubt, daß vor Ende dieses Jahres überhaupt die militärische Räumung des Ruhrgebietes ernstlich nicht besprochen werden könnte. Dabei ist aber hervorzuheben, daß selbst ein Herriot durchaus ablehnend gegenüberstehendes Blatt die „Victoire“, die Fortdauer der bestehenden Besetzung des Ruhrgebietes heute als Unsinn erklärt, der nur dazu bestimmt sei, Poincarés Ansehen zu retten. Man wisse in Frankreich sehr gut, daß die Reparationskommission eine noch mächtigere Besetzung des Ruhrgebietes nicht zulassen werde, und man müsse sich fragen, warum man die Dinge nur halb tue und warum man sich darauf verleihe, im Ruhrgebiet zu bleiben, nachdem man den

Macdonald über die bisherigen Ergebnisse.

Ein Kreuzverhör im Unterhaus.
Die Ungezügelnheit der Ruhraktion. — Die Anleihe-sicherheiten und das Mißtrauen in die Reparationskommission. — Die Einigung unter den Alliierten nur vorläufig.
London, 5. August. (Drahtbericht.) In der gestrigen Sitzung des Unterhauses erklärte Macdonald über die von der alliierten Konferenz erzielten Vereinbarungen, durch die erreichten Beschlüsse würden verschiedene Bürgschaften geschaffen, um alle Parteien gegen solche Entscheidungen zu sichern, die als partiell oder ungerecht angesehen werden könnten. Alle alliierten Regierungen hofften, daß die Wirkung der Vereinbarungen dahin gehen würde, einen neuen Geist des Zusammenwirkens auf beiden Seiten zu schaffen, jedoch auch die Punkte, die einstweilen vielleicht offen gelassen würden, da sie bei der gegenwärtigen Verfassung der öffentlichen Meinung nicht geregelt werden könnten, wohl aber nach einer Umschichtung der öffentlichen Meinung Gegenstand von Verhandlungen werden könnten.
Im weiteren Verlaufe seiner Rede erklärte Macdonald, man sei der Ansicht, daß die Verhandlungen unter den Alliierten einen Punkt erreicht hätten, an dem die weiteren Erörterungen mit den Vertretern der deutschen Regierung fortgesetzt werden müßten. Morgen vormittag hoffe man eine Sitzung der Konferenz unter Anwesenheit dieser Vertreter abzurufen zu können. Augenscheinlich sei geplant, drei Vereinbarungen durchzuführen:
1. Eine Vereinbarung zwischen der deutschen Regierung und der Reparationskommission hinsichtlich der Fragen, die innerhalb der Zuständigkeit der Reparationskommission liegen.
2. Eine Vereinbarung zwischen der deutschen Regierung und den alliierten Regierungen hinsichtlich der Fragen, die durch direkte Vereinbarungen zwischen diesen Regierungen geregelt werden müßten.
3. Eine Vereinbarung zwischen den alliierten Regierungen, die die Fragen regeln sollten, die die Alliierten angingen.
Macdonald gab ferner seiner Bewunderung für die Führer der Delegation und die Mitglieder der Sachverständigenausschüsse Ausdruck, die im Geiste loyalen Entgegenkommens und der Anpassung so hart gearbeitet hätten, um die erreichten Vereinbarungen zustande zu bringen.
Lord George fragte, ob die Äußerungen Macdonalds bedeuteten, daß er der Ansicht sei, daß Frankreich nach dem Versailler Vertrag das Recht hatte, eine Separation zu unternehmen, oder ob er von der letzten Regierung vertretenen Ansicht sei, daß Frankreich nicht das Recht habe, eine separate Aktion zu unternehmen.
Premierminister Macdonald erwiderte: Meine Haltung änderte sich bezüglich der Auslegung, welche die französische Regierung dieser Klausel des Versailler Vertrages gegeben hat, sowie bezüglich der von meinem Vorgänger vertretenen Ansicht nicht. Als ich mich in der Opposition befand, vertrat ich die Ansicht, daß die britische Regierung vollkommen im Rechte war in der Annahme, daß eine individuelle Aktion durch diese besondere Klausel nicht sanktioniert war. Seitdem ich den Vorzug habe, im Amte zu sein, bin ich die gesamte Frage durchgegangen. Ich bin mehr als je in der Ansicht bestärkt, daß die britische Regierung im Rechte war.
In Erwiderung einer Anfrage Baldwin erklärte Macdonald, er treue sich, dem Hause mitteilen zu können, daß am Samstag ein Übereinkommen zwischen den Alliierten her gewisse, aus dem Sachverständigenbericht entstehende Fragen erregt würde. Die Dokumente, welche die Vereinbarung enthalten und die später in der Presse veröffentlicht würden, würden sehr vom Juristenkomitee genau untersucht. Den Inhalt des Abkommens darlegend, erklärte Macdonald, die Grundlage der Sachverständigenberichte sei die Aufbringung einer Anleihe für Deutschland, um es wirtschaftlich auf die Beine zu stellen und ihm zu ermöglichen, seinen Verpflichtungen nachzukommen und

Macdonald über die bisherigen Ergebnisse.

wieder in das wirtschaftliche System Europas einzutreten. Auf den britischen und amerikanischen Märkten sei das Vertrauen in die Reparationskommission als richterliche Körperschaft zur Erklärung des Vorzuges vollständig verwirkt worden, und wie er höre, würde, solange sie den wirtschaftlichen Kredit Deutschlands durch die Erklärung des Vorzuges zerstören könne, der tatsächliche Kredit überhaupt nicht bestehen. Die Sicherheit für die Anleihe von so geringem Werte sein, daß die Anleihe nicht gezeichnet würde. Es sei nicht Aufgabe der Konferenz, die Vorkehrungen für diese Anleihe zu treffen, die auf dem gewöhnlichen Wege erfolgen würden. Aber es sei über die Hinsicht, die Hindernisse zu beseitigen, welche die Anleihe auf dem Weltmarkt vielleicht unmöglich gemacht hätten. Macdonald ergriff die Gelegenheit, um sein Bedauern auszudrücken, daß so oft erklärt wurde, daß die Schwierigkeiten, denen die Konferenz in diesem Teile ihrer Arbeit begegnet sei, von den Bankiers und Finanzleuten geschaffen worden seien. Sie hätten sich darauf beschränkt, die Konferenz über die Ansicht des gedankensenden Publikums zu unterrichten und sie so zu leiten, daß sie nicht zu einer Vereinbarung gelangte, die die erforderliche Anleihe erschwert hätte.
Auf die Anfrage von Mac Neal und Fisher, welche Vorkehrungen für etwaige Meinungsverschiedenheiten zwischen den alliierten Regierungen und über die Art der Sanktionen getroffen worden seien, ferner ob irgend ein Teil der Anleihe von der britischen Regierung garantiert werden solle, erklärte Macdonald, im gegenwärtigen Augenblicke sei es für die Regierung nach dem Beschluß einer Übereinkunft nötig, ihre eigene Politik darzulegen. Es sei ganz klar, daß dies ein ganz unbefriedigender Stand der Dinge sei. (Beifall bei der Opposition.) Wenn man jedoch überlege, wie die Maschine arbeiten werde, und wenn man erreichen könnte, daß ein Zustand der Einmütigkeit notwendig werde, bevor ein Verzug erklärt würde, so erleichtere sich die Gesamtlage. Dies habe man jetzt erreicht. Was weiterhin noch zu erledigen sei, könne nach seiner Überzeugung in vertrauensvoller Zusammenarbeit geregelt werden. Man könne auf jeden Fall versichert sein, daß die Frage der Anwendung der Sanktionen nicht mit Rücksicht aufkommen werde. Die englische Regierung werde nach der Konferenz fortfahren, an dieser Frage zu arbeiten, so gut sie könne. Im übrigen habe die Regierung mit der Anleihe nicht das Geringsste zu tun. Sie verhandle nicht über eine Anleihe, sondern über ein politisches Übereinkommen, das eine Sicherheit bieten würde, die für die Kapitalanlagen gut genug sei. Nach der Beendigung der Arbeiten müßten die Bankhäuser in London, Paris und anderswo sich mit der Aufbringung der Anleihe befassen. Die Maschine, die geschaffen worden sei, müsse aber so betriebend arbeiten, daß eine Verzögerung nicht erfolgen könne, wenn nicht vollkommen klar sei, daß ein Verzug statgefunden habe. Die Anleihe werde nicht unter Verantwortung der Regierung ausgegeben werden.
Im Augenblicke handele es sich um Resolutionen, fuhre Macdonald fort, die zum Teil in letzter Stunde und unter großem Druck aufstade gekommen seien. Er habe es abgelehnt, seine Unterschrift darunter zu setzen, aber mit dem Hauptinhalt stimme er überein. Nach Ausarbeitung und Koordinierung dieser Resolutionen durch die juristischen Sachverständigen werde er im Zweifelsfalle vorschlagen, dem Dokumente einen Zusatz hinsichtlich der Ereignisse seit 11. Januar 1923 hinzuzufügen, wonach ihn nichts in diesem Dokumente zu diesen Transaktionen, oder zu einer Annahme ihres Standpunktes verpflichte. Ferner würde er ein System von Schiedsgerichtsbarkeit anwenden, das, wie er hoffe, in seinem Wirken erfolgreich sein werde, und würde auch ferner dieselben Bedingungen zur Auslegung des Versailler Vertrages anwenden, so daß alle strittigen Punkte schiedsgerichtlich gelöst werden könnten, etwa vom Internationalen Gerichtshof im Haag. Macdonald betonte die vorläufige Natur des vorgeschlagenen und lehnte hinzu, er befürchte, daß bei dem gegenwärtigen Zustand der öffentlichen Meinung, nicht in England, sondern anderswo, eine derartige Vereinbarung unmöglich sei. Er hoffe, daß man nach sechs Monaten in der Lage sein werde, zu einer Vereinbarung über diesen Punkt zu gelangen.

Badischer Landtag und akademische Lehrerbildung.

Die Denkschrift der badischen Regierung. — Der Haushaltsausschuß. — Das Zentrum. — Die Sozialdemokratie

Nach heute Vormittag waren die Tribünen fast besetzt. Vor Beginn der Beratung des Voranschlags des Ministeriums des Kultus und Unterrichts durch das Plenum des Badischen Landtags beantwortete die Regierung eine kurze Anfrage der Deutschen (liberalen) Volkspartei, ob die Meldung eines auswärtigen Blattes, der Ministerialdirektor des badischen Arbeitsministeriums erhalte den Posten des Präsidenten bei der Wasser- und Straßendirektion, richtig sei. Der Regierungsvertreter erklärte, das Arbeitsministerium, das in dieser Angelegenheit allein zuständig sei, habe bis jetzt keinerlei Entscheidung getroffen.

Von besonderer Bedeutung waren heute die Ausführungen des Berichterstatters des Haushaltsausschusses Räder über den Verlauf der Ausschussung am Montag abend. Der Ausschuss hatte sich dabei, wie gemeldet, mit der Denkschrift der badischen Regierung über die Änderung der Lehrerbildung zu befassen. Diese Frage beschäftigt den Landtag seit dem Inkrafttreten der Reichsverfassung, die vorsieht, daß der Volksschullehrer und die Volksschullehrerin eine Hochschulbildung erhalten sollen. Die Denkschrift ist sehr umfangreich und beleuchtet die Frage nach allen Richtungen. Sie verweist zunächst darauf, daß einige Länder: Sachsen, Thüringen, Hamburg, Anhalt, Braunschweig und Lippe-Deimold bereits Richtlinien aufgestellt. Danach wäre die allgemeine Bildung von der Berufsbildung zu trennen und diese auf einem eigenen Pädagogium zu erwerben. Die Dauer der Hochschulbildung sollte sich auf zwei Jahre erstrecken und dabei sollte die Erziehungswissenschaft gründlich studiert werden. Die übrige Ausgestaltung des Studienplanes soll den Ländern vorbehalten bleiben. Die badische Denkschrift will Vorbereitung auf dem Gymnasium, dem Realgymnasium oder der Oberrealschule. Dann bringt sie für die Berufsausbildung drei Möglichkeiten: einmal eine solche von drei Jahren, dann eine solche von zwei Jahren und schließlich eine solche von einem Jahre. Es geht im Rahmen dieses Berichtes nicht an, die Denkschrift in dem Maße zu würdigen, das sie verdient. Das soll bei anderer Gelegenheit nachgeholt werden. Im Ausschuss wurde eine Anzahl von Anträgen eingebracht. So soll mit Wirkung vom 1. April 1926 die allgemeine Wissenschaft an den Hochschulen erworben werden und die an den drei Hochschulfächern befindlichen Lehrerseminare sollen als Pädagogien in den Rahmen der Hochschule eingefügt werden. Dem gegenüber sei die Ansicht der Regierung hierhergestellt, die das reine Hochschulstudium für das zweckmäßigste hält. Dann kam bei der Beratung im Haushaltsausschuß ein Antrag zur Sprache, man sollte die Denkschrift nochmals prüfen und dann dem Landtag einen Gesetzentwurf vorlegen. Dieser Antrag wurde mit 9 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Interessant waren die Berechnungen, die die Regierung über die Kosten der akademischen Lehrerbildung aufstellte. Ohne auf Einzelheiten genauer einzugehen, wollen wir herausgreifen, daß sich nach dem Vorschlage des Unterrichtsministeriums für den Staat ein Gesamtaufwand von 21.184.000 M ergeben würde. Die Wirkung, die diese Zahl im Haushaltsausschuß hervorgerufen hat, ist aus den Anträgen zu sehen, die nun eingebracht worden sind. Zunächst wurde die Berechnung angezweifelt. Dann beantragte der Abgeordnete Dr. Glöckner: „Die badische Regierung möge dem Landtag in der nächsten Sitzungsperiode einen Gesetzentwurf über die Lehrerbildung in Anlehnung an die Regelung in Preußen und Württemberg vorlegen.“ Auf diesen Antrag kam man deshalb, weil das Staatsministerium vorher hatte erklären lassen, daß es sich einer Neuregelung der Lehrerbildung in der Form, wie Preußen und Württemberg das tun werden, nicht verschließen werde. Nach einem Antrag Dr. Schofer soll sich der Landtag seine Stellungnahme zu der Denkschrift vorbehalten und diese selbst zur Kenntnis nehmen, da er eine Belastung des Staatsvoranschlags, wie sie sich nach dem Vorschlage des Unterrichtsministeriums ergeben würde, nicht für tragbar halte. Der Haushaltsausschuß einigte sich schließlich auf folgenden Antrag: „Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, daß sie dem Landtag in der nächsten Sitzungsperiode einen Gesetzentwurf über die Lehrerbildung in Anlehnung an die beachtlichste Regelung in Preußen und Württemberg vorlegt. Der Landtag nimmt Kenntnis von den berechneten finanziellen Wirkungen, die sich ergeben, wenn die Lehrerbildung im Sinne der Denkschrift geregelt würde.“ Ein Antrag Schofer will die Worte „in Anlehnung an die Regelung in Preußen und Württemberg“ gestrichen wissen. Ferner sagt der Antrag Schofer noch: „Jede hierauf für das Land sich ergebende erheblichere finanzielle Mehrbelastung ist nach Auffassung des Landtags bei der derzeitigen Finanzlage des Staats und

den gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnissen des Landes nicht tragbar.“

Eine kurze Geschäftsordnungsdebatte über die Mitbehandlung einiger Gesetze, die dem Haushaltsausschuß bereits vorliegen, brachte etwas Abwechslung. Dann kam als erster Redner bei der allgemeinen Beratung des Voranschlags Dr. Föhr vom Zentrum zu Wort. In erster Linie befaßte er sich mit dem Abbau bei diesem Ministerium und kam dabei auf die gegen den Minister Dr. Hellpach wegen der Abbauperioden erfolgten Angriffe zu sprechen. Anlässlich dieser sehr scharfen Kritik in der Öffentlichkeit habe der Landtag die Pflicht, die Maßnahmen genau zu prüfen. In seinen allgemeinen Betrachtungen ließ der Redner den Satz einfließen, Freunde der Schule mühten außerordentlich vorfichtig sein mit der weiteren Belastung der Schule, mühten die größte Vorsicht walten lassen bei der Aufstellung von Forderungen, damit nicht das Ganze gefährdet werde. Bei den Verhandlungen des Staates in der Dotationsfrage müsse die Kirche gehört werden. Eingehend beschäftigte sich der Redner mit den Hochschulen. Die Studenteninfantilität führe zu einer furchtbaren Vernehrung des akademischen Proletariats, daher sei notwendig eine starke Auslese, die schon beim Verlassen des Gymnasiums, des Realgymnasiums zu erfolgen habe. Dann brachte der Redner Beschwerden über studentische Ausschreitungen, Mensurwesen, Zurücksetzung praktischer Katholiken bei der Besetzung von Lehrstellen an den Hochschulen, Auswüchse beim Sportbetrieb an den höheren Schulen u. a. vor und wandte sich dem Antrag des Haushaltsausschusses über die Änderung der Lehrerbildung zu. Der Gesichtspunkt der finanziellen Mehrbelastung dürfe dabei nicht aus dem Auge gelassen werden. Für das Zentrum sei die Finanzlage keine cura posterior; es lehne auch die kollegiale Schulleitung ab. An dem vom Unterrichtsministerium aufgestellten Lehrplan werde heftige Kritik geübt; allein ein altes Sprichwort sage: „Die schlechtesten Früchte sind es nicht, woran die Wespen nagen.“

Die sozialdemokratische Fraktion schied hierauf den Abgeordneten Gaebler vor, der gleichfalls sich in der Einleitung seiner Rede in allgemeinen Betrachtungen erging und dann auf die Einzelheiten des Voranschlags einging. Der Voranschlag für die Hochschulen habe diesmal ein anderes Gesicht. Es sei recht und billig, daß sich der Staat einen größeren Einfluß auf die Hochschulen zubillige. Dadurch brauche nicht die Freiheit der Wissenschaft angetastet werden, wie das von anderer Seite befürchtet werde. An der Verleihung des Ehrendoktors übte der Redner Kritik. Die sozialdemokratische Fraktion verlange bei der Zulassung zum Hochschulstudium größere Weitzergigkeit, als man sie bisher beobachtet können. Es soll zwar nicht jeder beliebige zum Studium an den Hochschulen zugelassen werden; denn es bestimme kein Anlaß, das akademische Proletariat zu vermehren, aber es gebe unter den im praktischen Leben stehenden Männern manche Persönlichkeit, die auf Grund ihrer Berufsarbeit zweifellos sich mehr allgemeines Wissen erworben habe als ein 18 Jahre alter Abiturient und daher mindestens ebenso gut an der Universität mit Erfolg arbeiten könne wie dieser. Im Anschluß hieran streifte der Redner den Fall Gumbel. In Heidelberg fand vor einigen Tagen eine „Nie-wieder-Krieg-Verammlung“ statt, in der der Privatdozent der dortigen Universität Dr. Gumbel eine Rede hielt, in der er sagte: „Ich will ja nicht sagen, daß sie auf dem Felde der Anechse Gefallene sind.“ Seine Anechse löste unter den Studenten große Erregung aus und eine Studentenversammlung verlangte die sofortige Ablehnung Dr. Gumbels. Gegen diese leitete dann der Senat ein Disziplinarverfahren ein und das Unterrichtsministerium suspendierte den Dozenten. Darüber griff bei der sozialdemokratischen Fraktion Entrüstung Platz. Uebergehend auf die höheren Schulen wandte sich der Redner gegen den zu starken Zutritt von Schülern zu diesen Schulen. Abhilfe könne nicht geschaffen werden durch eine Verschärfung der Aufnahmeprüfung, sondern durch die Schaffung einer neuen Schulart, die den Wünschen der Eltern besser nachkommt als die gegenwärtigen Verhältnisse, d. h. daß die Vorbildung der Volksschule für das gewöhnliche Leben ausreicht. Diesen Gedanken habe schon Unterrichtsminister Dr. Böhm im Badischen Landtag im Jahre 1914 geäußert. Die Ansichten Dr. Föhrs über die sportliche Betätigung der Schüler unserer höheren Lehranstalten teilte der Redner nicht, sondern er will auch hier den goldenen Mittelweg gegangen wissen. Allerdings scheinen manche Lehrer Mißbrauch mit den Schülerwanderungen zu treiben, indem sie aus einer gewissen Gesinnung heraus den Sport

benutzen, um dahinter militärische Übungen zu verdecken. Die Auslösung der Lehrerbildung sei eine alte Forderung der Sozialdemokratischen Partei. Der Redner selbst wünscht die Erhaltung der Staatsnats auch an den späteren Universitätsinstituten für pädagogische Bildung, allerdings müsse der Charakter dieser Institute ein anderer werden. Der Lehrer der Zukunft werde draußen auf dem Lande Träger echter Volksschule sein und seine Stellung werde eine höhere und angenehmere sein als jetzt. Die sozialdemokratische Fraktion stehe auf dem Standpunkt, daß aus sachlichen Gründen die Regelung der Lehrerbildung eine Notwendigkeit geworden und die Frage selbst lange genug erörtert worden ist. Daher trete die Fraktion für den Antrag Dr. Glöckner ein. Der neue Lehrplan der Volksschulen bringe manches Gute. Mit dem Abbau ist der Redner nicht so zufrieden wie der Zentrumredner, denn die Verknüpfung des Abbauens trage die Volksschule, ein ganz geringer Teil der die Hochschulen und die höheren Schulen. Die Neueinteilung der Kreisämter bedeute keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung. Die Neuankommlinge der jungen Lehrer solle draußen auf dem Lande erfolgen, da sie sich auf diese Weise besser ausbilden könnten. Schluß seiner mehr als zweistündigen Rede erzählte der Redner Einzelheiten über deutschsozialistische Bestrebungen in den Schulen. Er wurde es im Hause manchmal ziemlich lebhaft.

Während der Beratungen sind folgende zwei Anträge eingebracht: Ein Antrag Föhr vom Zentrum verlangt: „Der Landtag wolle beschließen: Die Regierung wird ersucht, dafür Sorge zu treffen, daß im Hinblick auf die Vorschriften des § 201 ff. des R.-St.G. dem Land an den Hochschulen wieder überhandnehmendes, das Volksempfinden verletzendes Zweilampfanwesen in wirksamer Weise entgegengetreten werde.“ Ein kommunistischer Antrag (Wol, Gähler, Unger) lautet: „Der Landtag mißbilligt die Maßregelung des Privatdozenten Gumbel und fordert die Regierung auf, denselben in sein Lehramt an der Universität Heidelberg wieder einzusetzen.“ Der Zentrumsantrag ohne Vorberatung in einem Ausschuss sofort im Plenum mitzubringen, der kommunistische Antrag wurde dem Haushaltsausschuß überwiesen. Um 14 Uhr fährt das Haus in der Beratung fort.

Badisch-württembergischer Streit um die Waldbeeren

Die Sozialdemokraten haben im Landtag folgenden Antrag eingebracht: „Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, daß die württembergische Regierung ins Benehmen zu treten, damit eine einheitliche Regelung über das Pflücken von Waldbeeren in den Grenzgebieten stattfindet. Dabei sollen wegen unberechtigten Sammelns teurer ausgeproben Strafen tunlichst erlassen und Gebote für das Pflücken von Waldbeeren nicht erhoben werden.“ In der Begründung des Antrages heißt es: „Waldfrucht bestehen um die Zeit der Heidelbeerernte an der badisch-württembergischen Grenze im Schwarzwald Differenzen zwischen Heidelbeerern eines Landes und den badischen Organen (Postamtbeamten, Waldhüter) andererseits über die Frage, ob das Sammeln von Waldbeeren außerhalb der Landesgrenze erlaubt ist. Dieser Zustand hat zu gegenseitigen Schikanen, Anzeigen und Strafmandaten geführt, die zu Bitterkeit unter den Grenzwohnern beider Länder herbeigeführt haben.“

Um die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens.

b. Berlin, 5. August. (Drahtbericht.) Die Spitzengewerkschaften hatten gestern beim Reichsarbeitsminister Brauns eine Besprechung über die Ratifizierung des Washingtoner Arbeitsabkommens. Die Mitglieder wendeten, betonten die Gewerkschaftsvertreter, daß mit der Annahme des Daweszusatzens auch dessen sozial-politische Auswirkungen, insbesondere bezüglich der Arbeitszeit gesetzgebend geregelt werden müßten. Die Gewerkschaften forderten deshalb die beschleunigte parlamentarische Verabschiedung der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens. Andernfalls würden sie auf Grund der eingeleiteten Vorarbeiten einen Volksentscheid herbeiführen. Der Reichsarbeitsminister erklärte, daß die Reichsregierung bereit sei, schon bei dem nächsten Zusammentreten des Reichstages die zur Ratifizierung erforderlichen Interpellationen zu beantworten. Der von den Gewerkschaften gebildete Ausschuss, der sich mit den Vorarbeiten für einen Volksentscheid zu befassen hat, wird zunächst die Erklärung des Reichsarbeitsministers im Reichstag abwarten, bevor er weitere Beschlüsse fassen wird.

Bergmannslos.

W. Graz, 5. August. Wie die „Grazer Tagespost“ aus Laibach meldet, drangen infolge heftiger Regengüsse in den Anden Schicht der Kohlenbergwerks Kamei bei Johannestal in Unterkarnten eine große Wassermasse ein, die 12 Bergleute mit sich rissen. Drei Teile und zwei Schwerverwundete konnten bereits geborgen werden. Es ist anzunehmen, daß die Vermissten ums Leben gekommen sind.

Columbus-Anekdote.

Von Friedrich Frezza.

Die Krone von Segovia beherrschte im Jahre 1505 der Fleischer, der viel Herren von kastilischem und aragonischem Adel. Zum erstenmal hielt König Ferdinand von Aragonien wieder Hof, nachdem das Trauerjahr um seine Gemahlin, Isabella von Kastilien, verstrichen war. Eines Morgens nun, an dem die ganze Gesellschaft der Ritter und Herren noch frühstehend unter den Bäumen lag, betrat den Platz zwei Männer, deren Haltung und Gebärden seltsam von den anderen Gästen abfielen. Zwar war ihre dunkle Kleidung reich und ritterlich, allein der breite und wiegende Gang verrät die alten Seelente. Trotz der Ringe an den Fingern erschienen die Häuse hart und abgearbeitet, die Gesichter waren tief gefurcht und die Augen bläulich blau und scharf. Sofort richteten sich die Blicke der Anwesenden auf die Unbekannten. Ein Gefolge hub an, bis sich einige Herren fanden, die über die beiden berichten konnten. „Es sind die beiden genuesischen Abenteuerer, Christophal und Bartolomeo Colon, die soviel Welens machen von dem neuen Seewege nach Indien, den sie gefunden. Es sind Unerschämte! Sie haben dem Könige und der nun in die Ewigkeit eingegangenen Königin vorgebetet, es wäre wer weiß wie schwer gewesen, den Seeweg zu finden. Allein es ist ganz einfach, nur gen Westen heißt es den Kurs nehmen, so gelangen die Schiffe, wenn sie erst Madeira passiert, allein dahin! — Aber die beiden Abenteuerer verlassen sich auf eine leichtsinnige Zusicherung der Königin Isabella. Christophal verlangt den Rang eines Vizkönigs und Herzogergewalt für sich und sein Geschlecht für ewige Zeiten, mit samt dem Zehnten von allen Einnahmen aus den neuen Besitzungen. Der König in seiner Gnade hat ihnen große Besitzungen in Kastilien geboten und den Rang von Grafen des Reiches. Sie waren so unverschämte und frech, diese Gnaden auszuschlagen! Es sind Erdkundigen nach der Herkunft der beiden eingezogen worden. Wollenweder war ihr Vater und wie uns berichtet ward, auch Seeräuber, wenn es sich traf. Die Herkunft erklärt die Unerschämtheit und Frechheit der beiden zur Genüge.“ Christophal und Bartolomeo Colon hatten inzwischen einen Sitz auf einer Bank eingenommen. Aus den Gesichtern der alten Seelente gab sich Kraft und Verantwortlichkeitsgefühl sprach aus den gefurchten Stirnen und gepreßten Lippen. Ihre Ohren hatten wohl fast alles vernommen, was über sie geredet ward. Ingrimmig sahen die beiden da und dachten nach: „Ja, jetzt war es leicht, von Balos nach Guanahani zu fahren. Aber wie lange Jahre des Lebens hatten beide diesem Plan geopfert, der zuerst im Kopfe des jüngeren Christophal sich geregt hat. Wenn Jahre hatten sie dazu gelebt. Von Portugal war Christoph nach Spanien gegangen und Bartolomeo, der Ältere, nach England,

um Heinrich den Achten zu bewegen, ein Schiff auszurüsten. Bartolomeo war in die Hand von Dürstlicherer Meerwölfen gefallen, aber Christophal war es endlich geglückt, nachdem er schon den Entschluß gefaßt hatte, von Spanien nach Frankreich zu wandern.

Er gedachte noch des Tages, da er ans Meer kam, zum Kloster Rabida, auf den Armen trug er sein Söhnchen Diego. Jeil war die Luft und die Mauern des Klosters schimmerten weiß wie Schnee. Beide waren sie verstockt, mutlos und der schweren Last müde. Doch hier ward ihnen unermutet Hilfe zuteil. Juan Perez Marchena, der Beichtvater des Königs, hielt sich zufällig im Kloster auf. Er erkannte den wahren, unerschütterlichen Geist des gewöhnlichen Mannes besser, als in den Verhandlungen am Hofe, wo der Seebär sich gegen die redgewandten Herren von Salamanca so sonderlich ausnahm.

Hier erfuhr Perez, wie Columbus durch Schwemmgut des westlichen Meeres, das er selbst auf Madeira gesehen, Zeugnis für seine Vermutungen gefunden.

Und Christophal und Bartolomeo dachten an den Tag der Abfahrt von Balos auf drei elenden Caravelen, die kaum die See halten konnten, mit einer Mannschaft, deren Rückkehr kein Ritter in Spanien gern gesehen hätte. Lebendig ward die Fahrt ins Ungewisse, durch die Wasserwüste, die kein Ende nahm, weit fort von jeder Hilfe, durch die armen Seemäuler des Sagrasmeeeres, wo die Schiffe fast stehen blieben. Rasche Meisenfahrten mußte Columbus in das Schiffsjournal eintragen, sonst wäre die Monnschaft müde geworden. Murrien lieh hoch, daß sie bei dem ewigen Ohnande nie wieder die Heimat sehen würden. Tag der Landung in Guanahani. Kupferrote Menschen, die goldene Ringe trugen. Gold! Gold! Das Ael der Reife war erreicht! Indien, das Land der Schätze, gefunden! Vasco da Gama überboten. Das Ael war lohnender als Seeräuberei. Am feinsten konnte verbodenes Wasser, würmergesperrenes Brot in Kauf genommen werden.

Tag der Rückkehr! Tag des Ruhmes! Ganz Balos, ganz Spanien, ganz Europa jubelte dem Entdecker des neuen Seeweges, dem großen Piloten zu! Aber wie leicht war die erste Reise verneffen. Der von Christophal erbetene Richter, Robadilla, legte den Vizkönig in Ketten samt seinem Bruder, und Columbus legte sie auf der Fahrt nicht ab. In Ketten trat er in Balos ans Land und die Scham Spaniens ermachte. Noch einmal ward ihm Genugthuung und Ehre, die ihm gebührte. Gott selbst wollte ihn retten. Quando, der neue Statthalter von Hispaniola, ließ Columbus nicht landen. Wider den Rat des verachteten Seefahrers landete er zwanzig Caravelen heim, und mit ihnen die beiden Feinde des Columbus, Robadilla, den Richter, der ihn in Ketten legte, und Kolban, der gegen ihn eifernde und wühlte.

Außer einem Schiff gingen alle anderen im Sturm zugrunde. Auf dem einen übriggebliebenen aber fand sich das ganze Gut, das sich Columbus in den neuen Landen erworben hatte.

Fanatismus leuchtete in den Augen des Seefahrers, der hier Segovia war, um sein Recht zu fordern von den Menschen, von den Könige.

Da erklang aus den Reihen der Caballeros ein lautes Wort: „Können Sie dies Ei hier zum Stehen bringen, ohne es zu zerbrechen? Gebenken Sie uns etwas Neues zu sagen, Caballero? Das ist ein laich. Christophal Colon nimmt diesen Witz für sich in Anspruch, mit dem Zehnten aus den Einkünften Indiens. Aber mein Großvater hat ihn schon gemacht.“

Und der Sprecher staunte das Ei auf den Tisch, daß sich die Schale einbrühte und es stand.

Christophal sah seinen Bruder Bartolomeo an. Der sagte: „Was für einem Lande find wir, in dem nicht einmal die Scherzreden ihren Erfindern bleiben.“

Christophal aber stand auf und ging mit den breiten, wiegenden Schritten des Seebären an den Tisch der Lachenden. „Caballeros“, sagte er mit heilerer, inrunder Stimme, „Sie machen loeben einen Scherz mit einem Ei. Dieser Scherz mag nicht von mir stammen, wie einer der edlen Herren loeben bemerkte, vielleicht kann ich ihnen ein anderes Rästel mit einem Ei aufgeben.“

Mit diesen Worten legte er ein Ei auf den Teller, hielt es hoch und sagte: „Mer vermag es, dies Ei zu essen, ohne es mit der Hand, mit dem Küssel oder einem Instrument zu berühren und ohne vor dem Essen seine Schale zu lösen?“

Christophal Colon hielt den Teller noch immer hoch. Spott lag auf seinem Gesichte: „Wer es vermag, dem verkaufe ich, um dieses Ei, die mir nach Wort, Vertrag und Siegel des Königs zustehenden Ansprüche auf Würden und Einkünfte Indiens! Wer also seinen König von einem unananehmen Bittsteller befreien will, der wage es!“

„Ohne anzufassen! Ohne Hand! Ohne Instrument!“ erschallte durcheinander.

Da lachte der alte Seebär mit einem Lachen, wie es der Welt matteo hat, der einen Schiffsjungen fopp. In beide Hände nahm er den Teller, faßte das Ei mit den Fingern, faute es mit samt der Schale, sog es aus und spie die Schale mitten auf den Tisch.

Berächtlich lachte er: „Dieses Rästel wird lo leicht keiner der Herren nachmachen und für sich in Anspruch nehmen. Denn es gehört ein Raden dazu, der von Seewasser befeuchtet ist und, um es zu schluden ein Maul, das gewohnt ist, viel hinunterzuschluden an würmigen Brot, schleimigem Wasser, Unkann und Verfeinerungslust der Menschen!“

Sprach's, wandte sich um, schlug an den breiten Schiffsbeugen und sagte: „Sollte es einer der Herren übel merken, so wird er mich und meinen Bruder gegen einem Grunde bereiftinden. Wir werden einige Tage unter diesen Bäumen anzutreffen sein, bis der König sich äußert, ob ihm Worte und Verträge heilig sind oder nicht.“

Aus Baden.

Die Meersburger Tagung des Volkskirchenbundes evangelischer Sozialisten.

Am Abend des 1. August begannen in Meersburg am Bodensee die Verhandlungen des Bundes evangelischer Sozialisten Deutschlands. Die Eröffnungsfeier in der Kapelle des alten Schlosses gestaltete sich zu einem feierlichen Auftakt der ganzen Tagung.

Am Nachmittag sprach Pfarrer Ederl-Meersburg über „Unsere Stellung zur Wirtschaft, zum Staat und zum Völkerverhalten.“ Seine Ausführungen waren durchgezogen von der Ueberzeugung, daß Gott eine neue, die sozialistische Wirtschafts-, Gesellschafts- und Lebensordnung werden lasse, die der religiösen Gewissheit und den sittlichen Forderungen des Evangeliums mehr entspreche als alle bisher gewesenen Formen des Lebens der Menschen untereinander.

In seinem Schlußwort stellte Dietrich-Karlsruhe, in dessen Hand die Tagung liegt, fest, daß der erste Tag der Tagung sowohl in den Reden wie in der Aussprache auf großer Höhe stand.

Verbandsstag badischer Schneidermeister.

In Mannheim fand am Samstag und Sonntag der 5. Verbandstag badischer Schneidermeister statt. Der Samstag galt der Begrüßung der auswärtigen Gäste. Die eigentlichen Verhandlungen begannen am Sonntag vormittags 9 1/2 Uhr.

Herr Landes-Bibliothekar Lohr-Karlsruhe knüpfte an die Gedächtnisrede des Vorredners über die Geschlossenheit im Weltkriege an und verwies darauf, daß eben diese heutige Feier den Herrn Minister des Innern, Herrn Reichsministerialdirektor Scheffelmeyer am Erscheinen verhindert habe.

Für die Handwerkskammern Mannheim, Karlsruhe, Freiburg und Konstanz wünschte Herr Schneider von der Mannheimer Handwerkskammer den Verhandlungen guten Verlauf.

Zum ersten Punkte der Tagesordnung erstattete der Verbandsvorstand, Herr Weid, den Geschäftsbericht. U. a. rügte der Redner die Forderung der Uniformen an die Polizei in eigener Regie der Regierung.

Herr Syndikus Dr. Memminger sprach hierauf über „Die Einrichtungen des Reichsverbandes in ihrer Bedeutung für die wirtschaftliche Lage in Schneidergewerbe.“

Ueber das Verhältnissen wies Herr Obermeister A. Sellmuth (Wörzheim). Die Ausführungen des Redners hatten hauptsächlich die Festlegung einheitlicher Bestimmungen zur Heranbildung tüchtiger Arbeitskräfte zum Gegenstand.

Der sechsberrige Vorstand wurde wiedergewählt; als Ersatzmann für den ausgeschiedenen stellv. Vorsitzenden wurde Herr Rastler B. Draß gewählt.

7. Verbandstag der badischen Schuhmachermeister.

Vom 2.—4. August tagte in der Festhalle in Billingen der 7. Verbandstag der badischen Schuhmachermeister. Eingeleitet wurde dieser durch Eröffnung einer Schauausstellung am Samstag vormittag durch den Vorsitzenden des Ehrenauschusses, Bürgermeister Lehmann-Billingen.

den. Der Besuch der Ausstellung durch die Bevölkerung war sehr zufriedenstellend. An die Ausstellung konnten etwa 20 Ehrenpreise verteilt werden.

Die eigentliche Tagung fand am Sonntag vormittag unter dem Vorsitz des Verbandsvorsitzenden Johann Gruber-Mannheim statt. Als Ehrengäste waren u. a. erschienen Oberregierungsrat Dr. Bucorius vom Landesgesundheitsamt Karlsruhe, Abg. Görsbacher, Vertreter der Schuhmacherverbände aus Hessen, Hessen-Nassau und Württemberg, sowie der Vorsitzende der Handwerkskammer Konstanz, Oberregierungsrat Dr. Bucorius wies namentlich auf das in Wände herauskommende Geseh hin, das auch für die Handwerker den Innungszwang vorzieht.

Als nächster Tagungsort wurde Heidelberg bestimmt. Am Montag beschäftigten die Versammlungsteilnehmer die Schenksmündigkeiten der alt-historischen Stadt Billingen und ihre Umgebung.

Durlach, 5. August. (Gauausstellung des Pfingstauverbands des Bad. Landw. Vereins.) Die Vorbereitungen für die vom 20. bis 22. September d. J. in Durlach stattfindende Ausstellung sind im vollen Gange. Die Regierung, der Kreisrat des Kreises Karlsruhe, die Badische Landwirtschaftskammer, sowie die Stadtverwaltung Durlach haben der Veranstaltung ihre Unterstützung zugesagt.

Die Besuchs- und Abhängensgesellschaft des hiesigen Bauernvereins hielt am vergangenen Sonntag im Gasthaus „Sternen“ ihre ordentliche Generalversammlung ab. Der Vorstandsvorsitzende, Michael Simianer, eröffnete um 3 Uhr die Versammlung.

Mannheim, 4. August. (Hohes Alter.) Am Samstag starb hier im 93. Lebensjahre einer der ältesten Bürger der hiesigen Stadt, Josef Waldmann.

Offenburg, 4. August. Die gestern verbreitete Nachricht, daß infolge Meinungsverschiedenheiten zwischen Stadtrat Dr. Manner, Direktor der höheren Mädchenschule, und Stadtrat Hofner, Professor an der gleichen Schule in der letzten Bürgerauskunftnahme letzterer sein Mandat niedergelegt habe, entspricht nicht den Tatsachen.

Aus der Landeshauptstadt.

Die Fremdensteuer in Karlsruhe.

Nachdem immer weitere Städte auf die Erhebung der Fremdensteuer verzichtet, hat nunmehr, wie wir bereits vor einigen Tagen mitteilten, der Stadtrat die vorläufige Aufhebung der Steuer auch in Karlsruhe beschlossen.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht ein Gesetz über Änderung der Reichsversicherungsgesetzgebung, ein Gesetz über Sonderzulagen in der Unfallversicherung, ferner eine Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über Sonderzulagen in der Unfallversicherung.

Frachtfreie für Liebesgaben. Das Reichsverkehrsministerium hat die Vergünstigung frachtfreier Beförderung von Liebesgaben jederseits widerrüflich bis zum 31. Dezember d. J. ausgedehnt.

Neuorganisation der Volkshilfe. Wie schon vor einiger Zeit mitgeteilt wurde, hat sich unsere Volkshilfe eine neue Organisation geschaffen und beginnt nun auf der neuen Basis ihre Arbeit.

non die Mitglieder sind, sondern daß jeder Theaterbesucher für jeden Person Mitglied des Vereins werden muß. Weiterhin wird die Berechtigung zum Theaterbesuch nicht mehr dadurch erworben, daß ein einzelner Karte gekauft wird.

Unsere neuen Glöden. Nachdem die neuen Bronze-glöden der Christus- und Lutherkirche hier mit den Tönen des Orgels a-c-c-e-s-ges (vermindertes Septimakkord) und dem Gewicht von 7000 Kg. und 7564 Kg. nun seit einiger Zeit im Gebrauche sind, so können sich die Kirchengemeinden selbst auch ein Urteil über deren Klangwirkung bilden.

Unfall. Infolge eines Schwächezustandes stürzte gestern nachmittag ein verheirateter Fuhrhalter aus Eßlingen am Karlsruher Schermerverlechte wurde mittels Krankenautos nach dem Diakonissenhaus verbracht.

Wasserrohrbruch. Gestern abend 7 1/2 Uhr erfolgte in der Poststraße an dem unter dem Gehweg liegenden Hauptstrang der Wasserleitung ein Wasserrohrbruch.

Substanzverlust. In der Nacht zum 4. August wurde von bis jetzt noch unbekanntem Täter auf der Landstraße Durmerheim-Wörz, etwa 300 Meter von Wörz ein ca. 80 Zentimeter langer Baumstamm quer über die Straße gelegt.

Festgenommen wegen Amtsunterschlagung wurde ein lediger 24 Jahre alter Eisenbahnassistent aus Eßlingen, wohnhaft in Durlach, der in letzter Zeit am hiesigen Güterbahnhof, wo er bedienstet war, durch einen Dritten verhehlene Sendungen, wie Zigaretten, Zigaretten und Pfälzchenwein im Gesamtwert von ca. 6000 A abholte.

Musua aus den Stadtbüchern Karlsruhe. Todesfälle. 1. Aug.: Karl Knam, Chem., 57 Jahre alt, Landwehrstr. 2. Aug.: Rudolph Hermann, Chem., 49 Jahre alt, Ger. Behn. 3. Aug.: Friedrich Wimmer, 73 Jahre alt, Schönm. 4. Aug.: Johann Gruber, 55 Jahre alt, Witwe von Franz Gruber, Wösch. Arbeiter.

Wetternachrichtendienst der badischen Landeswetterwarte Karlsruhe.

Table with 6 columns: Stationen, Luftdruck in Meeres-Niveau, Temperatur in Grad Celsius, Gestirne, Niedrigste Temperatur nachts, Wetter. Rows include Wehrheim, Rühlshaus, Karlsruhe, Baden-Baden, Badenweiler, St. Blasien, Billingen, and Heidelberg Hof.

Wasserstand des Rheins.

Table with 2 columns: Station, Wasserstand. Rows include Schutterinsel, Mannheim, and Karlsruhe.

Bei Korpulenz - Fettleibigkeit sind Dr. Hoffmanns Entfettungs-Tabletten

ganz besonders geeignet. Die Entfettungs-Tabletten sind ein vollkommen unschädliches und erfolgreiches, ohne Diätzwang, ohne Abführmittel, - Ausführl. Prospekt gratis.

Wanzen, Käfer etc. vertilgt mit Fr. Springer, Karlsruhe, Markgrafenstraße 52. Telefon 3263.

Unsere beiden heutigen Ausgaben umfassen 14 Seiten.

Südwestdeutsche Industrie- und Wirtschafts-Zeitung

Zur Wirtschaftskrisis im Saargebiet.

(Von unserem korrespondierenden H.-Korrespondenten.)

Nach wie vor wird die erste Wirtschaftskrise des Saargebietes durch die Preispolitik der französischen Bergverwaltung kompliziert...

Die Eisenindustrie ist - insbesondere für Werke, Schienen und Substanzen - augenblicklich in verhältnismäßig günstiger Lage...

Die augenblickliche Wirtschaftskrise wird nicht unbedeutend beeinflusst durch die Haltung der Regierungskommission...

Die politischen Parteien des Saargebietes haben sich amgestrichen dieser Haltung der Regierungskommission...

Es wäre zu wünschen, daß durch die Abgeordneten der Bevölkerung in Genuß noch in letzter Stunde eine Wendung zum Besseren herbeigeführt...

Die erste Berliner Messe der Schuh- und Lederwirtschaft.

Die Messe der Schuh- und Lederwirtschaft, mit der das neu gegründete Berliner Messenamti zum ersten Mal in Erscheinung...

Die erste Berliner Messe der Schuh- und Lederwirtschaft.

Wertpapierbörsen.

Berliner Börse vom 5. August.

Die Aufwertungshäufte am Anleihemarkt machte heute stürmische Fortschritte. Die Situation wird durch den völligen Mangel...

Am Aktienmarkt war das Geschäft rege bei vorwiegend fester Tendenz. Die heute in London beginnenden Beratungen...

Nach der heutigen überhäufteten Steigerung auf dem Anleihemarkt wurde man in der zweiten Börsenstunde vielfach skeptisch...

Bei ruhiger Geschäftstätigkeit für Effekten blieb die Stimmung nicht so zurechtfindend wie zu Beginn der Woche...

Die Hausbewegung am heimischen Anleihemarkt nahm heute Formen an, die die lebhaftesten Tage in der Inflationszeit...

Die Zinsfähe des Geldmarktes blieb unverändert; Tagesgeld 5/16, Monatsgeld 1 1/2-1 1/4. Im Devisenverkehr...

Waren und Märkte. Berliner Produktenbörse vom 5. August.

Die amtlichen Notierungen stellen sich (für Getreide und Legen 1000 Kilo, sonst je 100 Kilo ab Station)...

Metalle. Vorheimer Edelmetalle vom 5. August.

Berliner Metallnotierungen vom 5. August.

0.50-0.52. Originalhüttenaluminium 2.20-2.30...

Riverpooler Wollauktion. Die fünfte Versteigerungs-Serie...

Baumwolle. Bremen, 5. August. Schlußkurs: American fully middling good colour 33.60...

Industrie und Handel.

a. Badische Fabrik Rottweil. Die ordentl. Generalversammlung...

b. Röchling'sche Eisen- und Stahlwerke A.G. Böttlingen...

c. Siedelwerke Rattiburg. Das mit 500 000 M. Aktienkapital...

Berliner Devisennotierungen. Berlin, den 5. August 1924.

Table with columns: Telegraph, Anzahlnr., Geld, Brief, 4. 8. 24., 5. 8. 24.

Unnotierte Werte. Mitgeteilt von Baer & Elend, Bankgeschäft, Karlsruhe, Karl-Friedrichstraße...

Table listing various stocks and their prices.

Freiverkehrswerte. Spez. Portugiesen, Bock Kohle, etc.

Wertbest. Anleihen in Mark je Tonne bzw. Stück.

Table listing bond values.

Bergwerks-Aktien. Berolitus, Bucherer Guss, etc.

Table listing mining stocks.

Bergwerks-Aktien. Berolitus, Bucherer Guss, etc.

